

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meißner Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

№ 277.

Neuenbürg, Samstag, den 25. November 1922.

80. Jahrgang.

## Politische Wochenrundschau.

Die Kabinettskrise ist beendet. Nicht Dr. Joseph Wirth, sondern Geheimrat Dr. Cuno, zuletzt erster Direktor der Hamburg-America-Linie, hat das neue Kabinett gebildet. Es gab einige Tage, während denen es aussah, als ob die Eifersucht der Parteien und der Mangel an starken Persönlichkeiten es Cuno unmöglich mache, das Kabinett zusammenzustellen, er hatte seinen Auftrag bereits einmal in die Hände des Reichspräsidenten zurückgegeben, und man glaubte schon, es werde nichts übrig bleiben, als den bisherigen Reichskanzler aus dem Amt zu versetzen. Schließlich gelang es aber doch, ein sogenanntes Geschäftsministerium zusammenzubringen, in dem eine Anzahl neue Männer selbes Blut in den ererbenden Reichsförder bringen sollen. Folgende sind im Kabinett vom Zentrum Brauns als Reichskanzler und Vermeis als Finanzminister. Von den Demokraten Geisler als Reichswehrminister und Gröner als Eisenbahnminister. Ausgeschieden sind vom Zentrum der bisherige Reichsminister Giesberts und von der bayerischen Volkspartei der Reichsminister für Ernährungswesen, Herr. Auch 4 Sozialdemokraten sind von der Bildfläche des Kabinetts verschwunden: der Reichsminister Bauer, der Innenminister Köster, der Justizminister Koldbrunn und der Wirtschaftsminister Robert Schmidt. An Parteimitgliedern sind neu eingetreten zunächst einmal 2 Volksparteiler, nämlich Dr. Seitz als Justizminister und Dr. Bede-Jessen als Wirtschaftsminister, dann vom Zentrum Dr. Müller-Born als Minister für Ernährung und Landwirtschaft, schließlich von der Demokratie Defer als Innenminister. Dazu kommen als reine Sachminister Dr. Albert im Reichsfinanzministerium und Stängel im Reichspostministerium sowie von Koenigsberg im Auswärtigen. Im neuen Kabinett sitzt also an unmittelbarer leitender Stelle kein Sozialdemokrat mehr, was im Interesse eines ersprießlichen Zusammenarbeitens zu bedauern ist. Auffallend stark ist der Einfluss der Deutschen Volkspartei, er misst sich aber wohl aus der ganzen Sachlage bei der Bildung des Kabinetts. Wichtig ist, daß der dem Zentrum angehörige Staatssekretär der Reichskanzlei Dr. Hammer und der aus der Demokratie gekommene bisherige Chef der Presseabteilung in der Reichskanzlei, Ministerialdirektor Edgar Müller, vor langen Jahren einmal Redakteur am Beobachter in Stuttgart, zurückgetreten sind. Dr. Hammer wurde ersetzt durch den bayerischen Demokrat Dr. Hamm, der früher bayerischer Handelsminister war.

Die große Frage wird nun sein, wie das Kabinett mit den Parteien im Reichstag zurecht kommt. Die offizielle Vorstellung erfolgte am Freitag nachmittag mit einer Erklärung des neuen Reichskanzlers. Die Parteien werden sich wohl erst in der nächsten Woche endgültig erklären. Von der Stellungnahme der Sozialdemokratie wird so ziemlich alles abhängen. Sie ist gekommen mit den Unabhängigen 172 Mitglieder stark, aber, wie es scheint, nicht ganz geschlossen. Es handelt sich dabei um die Stellung zur Deutschen Volkspartei. Die eine Richtung wünscht klare und entschiedene Opposition, die andere befürchtet, wenn eine Einbeziehung der Deutsch-Nationalen in das neue Kabinett und schließlich eine Reaktion nach bayerischem Muster. In allen Fällen wird sich der neue Reichskanzler sehr schwer tun, wenn er gegen die Deutsch-Nationalen, Kommunisten und auch noch gegen die vereinigte Sozialdemokratie regieren will. Die Kommunisten werden auf alle Fälle in der Opposition bleiben. Schließt sich die Sozialdemokratie diesem Beispiel an, so ist das Kabinett auf die äußerste Rechte angewiesen. Wie aber das Zentrum und die Demokraten sich dazu stellen werden, ist eine unüberlegte Frage. Aus alledem ergibt sich, daß mit diesem Reichstag kaum zu rechnen ist. Es wird wohl bald Neuwahlen geben, von deren Ausfall tatsächlich die Geschicke Deutschlands abhängen. Wir dürfen immer nicht das Eine vergessen, daß die letzte deutsche Note an die Wiederherstellungskommission wertlos wird, wenn nicht auch die neue Regierung dafür eine Mehrheit in den Parteien findet. Eine lange Lebensdauer kann man dem Kabinett so oder so nicht versprechen. Wir haben zu viele Parteien und zu wenig Empfindungen dafür, daß uns nichts notwendiger ist als die Einheit.

Unsere auswärtige Lage ist keineswegs besser geworden. Das Weltmelisbarometer, der Dollarkurs, weist zwar auf eine gewisse Beruhigung hin, aber auf der Konferenz von Lausanne, wo man im Orient den endgültigen Frieden aufzureden will, scheint man schon wieder eine Verständigung auf Deutschlands Kosten anzustreben und bei den Unterredungen, die der neue italienische Ministerpräsident Mussolini mit Curzon und Poincaré vorher hatte, ist zutage getreten, daß wir von Italien nun auch nichts gutes mehr zu erwarten haben. Sollen die englischen Neuwahlen geben uns Grund zur Besorgnis, denn die neue Regierung scheint sowohl bezüglich des militärischen Schwanges wie besonders in der Schuldenfrage eine für Paris erwünschte Haltung einzunehmen. Bald kommt nun die Konferenz von Brüssel. Auf ihr muß die Entscheidung fallen.

## Deutschland.

Weimar, 23. Nov. Der Gemeinderat der Stadt Jena-Neue in Thüringen beschloß auf Antrag der Kommunisten, das Denkmal Kaiser Wilhelm I., eine Schöpfung des Berliner Bildhauers Edward Fortz, zu entfernen und an dessen Stelle eine Bedürfnisanstalt zu errichten. Die bürgerlichen Parteien er-

klärten nachdrücklich, daß dieser Beschluß der Stadt zur Unruhe gereiche und nicht im Einklang mit der Mehrheit der Einwohnerheit gefaßt worden sei.

## Der Gesamthaushalt der Reichsbahnen über eine Billion.

Berlin, 23. Nov. Der Reichshaushaltsplan wird, wie der Telegraphen-Union von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, in diesen Tagen dem Kabinett vorgelegt und dann veröffentlicht werden. Wie die Telegraphen-Union weiter hört, hat der Gesamthaushalt der Reichseisenbahnen Anfang des Jahres noch 100 Milliarden Mark betragen, Oktober 400 Milliarden und wird bis zur Stunde auf über eine Billion eingeschätzt. Eine Hauptursache dafür, die auch gleichzeitig eine große Schwierigkeit für die Sanierung des Reichsbahnbudgets bildet, ist die Schwierigkeit der Kohlenbeschaffung. Die Reichsbahnen haben einen täglichen Kohlenbedarf von 40 bis 50 000 Tonnen, 60 v. H. der Gesamtsumme des Etats entfallen auf die Kohlenbeschaffung. Infolge ungenügender Zuweisung inländischer Kohle ist die Reichsbahn gezwungen, zur Sicherung der Aufrechterhaltung ihres Betriebs ausländische Kohle in großem Umfang zu beziehen.

## Aus einem Saulus ein Paulus.

Der frühere brandenburgische Ministerpräsident und letzte Landtagsabgeordnete Sepp Dexter hat seine Ansichten geändert und in einer Versammlung in Seelen am Hain sein neues Programm entwickelt. Dexter führte u. a. aus: „Drei Vierteljahre habe ich nicht zum Volke gesprochen. Nicht aus Feigheit zog ich mich zurück, sondern aus reiner politischer Ueberzeugung. Denn die Zeit benutzte ich, um meine Lebensüberzeugungen niederzuschreiben, und zwar brachfristige ich, demnachst ein Buch herauszugeben, das sich betitelt: 'Som Juchthauschmel zum Minister'. Bei der Niederschreibung dieser Erinnerungen habe ich zugleich auch eine gründliche Revision mit mir vorgenommen. So bin ich zu der felsenfesten Ueberzeugung gekommen, daß der Sozialismus auf internationaler Grundlage ein Mahnwort ist. Darum bin ich noch genau der U.S.D.-Mann wie früher. Die Not der Zeit, unter der wir so furchtbar leiden, fühlte aber nicht nur die Arbeiter, sondern alle schaffenden Stände, auch die Fabrikbesitzer. Die Profitwirtschaft vernichtet das Volk. Das Ziel der Befreiung des Volkes kann von den Arbeitern nicht erreicht werden; denn die Arbeiter betrachten den 'Klassenkampf' als eine fixe Schlägerei. Der einzige Weg, der uns aus diesem Jammerthal führt, ist der Sozialismus auf nationaler Grundlage. Den Verfall der Friedensverträge mußte das deutsche Volk damals annehmen, denn es hatte keine Möglichkeit, den Friedensvertrag abzulehnen, weil keine Einmütigkeit im deutschen Volke bestand. Diese Einmütigkeit herzustellen, muß unser allerhöchstes Ziel sein, damit wir bald die Möglichkeit haben, der Entente gegenüber als Macht aufzutreten und bald in der Lage sind, die Grenzen aus dem besetzten Gebiet hinauszujagen. Es darf auch in Zukunft nicht mehr heißen: die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur der schaffenden Stände. Auf die Judenfrage näher einzugehen, lehne ich als Nationaldeutscher ab. Was wir weiter unbedingt zu fordern haben, ist die sofortige Befreiung der Bundesstaaten, denn die Landesbeamten verschlingen insgesamt jährlich 630 Milliarden Mark allein an Gehältern. Die Arbeiter und Beamten sollten auf Feuerungsgehälter pfeifen, sondern erst dafür sorgen, daß die alte Reichsregierung zum Trufel gejagt wird, denn letztere hat ihre ganze Unfähigkeit bewiesen. Wenn wir den Volk rüchwärts schweifen lassen, so müssen wir alle erkennen, daß wir ganz verkehrten Weges gegangen sind; und wenn ich heute zu entscheiden hätte, so wäre ich lieber Romarisch als Sozialist. (Lebhafte Zwischenrufe seitens der Arbeiter.) Sie können sich beruhigen, frühere Genossen, denn ich will keine neue Partei, sondern nur ein einmütiges deutsches Volk in einem freien zentralen Reiche.“

Bilden diese Ergüsse auch ein seltsames Gemisch von Begehr und Unvernunft, so ist es doch bemerkenswert, daß die Erfahrungen der letzten Jahre auch auf einen Sepp Dexter nicht ohne Einfluß geblieben sind.

## Polnische Raubgeister gegen das Memelland.

Berlin, 24. Nov. Welche Pläne die Polen in Ostpreußen und dem Memelgebiet verfolgen, das zeigt deutlich eine Landkarte, welche soeben in Warschau angefertigt worden ist. Sie zeigt eine große Hand, welche das Memelgebiet und Litauen an sich reißt und gleichzeitig Ostpreußen einflammet. Der beneidenswerte wehmütig dreinschauende Russe soll wahrscheinlich andeuten, daß auf diese Weise die wirtschaftliche Abschneidung Deutschlands und Russlands vollzogen werden kann. Die bevorstehende Entscheidung über das Memelgebiet wird, wie man leider befürchten muß, diesen polnischen Aspirationen entgegenkommen. Man wird damit rechnen müssen, daß ein fünfzehnjähriges Provisorium geschaffen wird, welches das Memelgebiet zum Freistaat erklärt. Ob das Protektorat über diesen neuen Freistaat dann von Frankreich oder vom Völkerbund ausgeübt wird, ist im Effekt ziemlich dasselbe. Auf alle Fälle wird der memelländische Oberbeamte ein Franzose sein.

## Ausland.

Keine günstige Aufnahme Cunos in Frankreich.  
Paris, 23. Nov. Der 'Temps' begrüßt heute das neue Kabinett Cuno in nicht besonders freundlicher Weise und

schreibt u. a.: „In dem neuen Kabinett ragt die Industrie hervor, wenn auch Cuno einige demokratische Minister aufgenommen hat. Von Reichs hat er nichts mehr zu befürchten. Das Kabinett Cuno kann auf die Verbündeten keinen gewaltigen Einfluß haben. Es ist eine Ministerregierung, trotzdem Deutschland alle Kräfte zur Befreiung seiner finanziellen Lage zusammenfassen sollte. Es ist eine Reichsregierung, obgleich und die Festigung der deutschen Republik für die Ruhe Europas und zur Ordnung des deutschen Volkes unerlässlich scheint.“ Das Blatt will erst die Erklärung der Regierung abwarten und hofft, daß die Kapitalistenpartei, die nun in dem Kabinett vertreten sei, es auch verstehen würde, das Kapital flüssig zu machen, das zur Bezahlung der Reparationsschulden notwendig sei.

## Die türkischen Forderungen in Lausanne.

Ueber die von den türkischen Delegierten in der Ersten Kommission gestellten Forderungen erfährt man, daß diese betreffen: 1. Wiederherstellung der Grenze von 1913, 2. Einfluß des Bahnhofs von Adrianopel-Korasan in diese Grenze, 3. Entmilitarisierung der Zone zu beiden Seiten der Maritsa unter voller Wahrung der türkischen Souveränität; über technische Einzelheiten sollen besondere Kommissionen entscheiden, 4. Bulgariens Verbleib an die Maritsa, über den auch eine besondere Kommission bestimmen wird, 5. Volksabstimmung in Westthracien.

## Russland fordert Gleichberechtigung.

Lausanne, 23. Nov. Der Chef der russischen Handelsdelegation in Italien, Bogowoff, der seit einigen Tagen in Genf weilte, hat bei der Orientkonferenz offiziell beantragt, daß die Sowjet-Regierung mit denselben Rechten wie die anderen an der Konferenz anwesenden Mächte, z. B. Bulgarien, an den Verhandlungen teilnehmen könne.

Wie bekannt ist, ist die russische Delegation nur zur Verhandlung über die Meerengenfrage eingeladen. Die Antwort, die die einladenden Mächte dem russischen Delegierten erteilen werden, wird für den Fortgang der Konferenz sehr wesentlich sein, denn es ist kaum anzunehmen, daß die Russen einen negativen Entscheid so ohne weiteres hinnehmen werden.

## Clemenceau in Amerika erkannt.

In Erwiderung auf Clemenceaus Propaganda und seine Forderung der Annexion des Rheinlandes mit amerikanischer Hilfe sagt Lougour: Die Annexion des Rheinlandes würde nur den Samen zu einem neuen Kriege legen. Vernünftige Franzosen wünschten die finanzielle Hilfe Amerikas, nicht aber das Rheinland. Senator Borah erklärte, Clemenceau sei am meisten verantwortlich für das gegenwärtige Elend in Europa, er habe die schlimmsten Bestimmungen in den Versailler Vertrag eingetragt und sich am heftigsten den amerikanischen Vermittlungen um eine Verbesserung widersetzt. Senator Hitchcock fragte Clemenceau, weshalb Frankreich Deutschland mit seinen 80 000 Schwarzen im Rheinland reize? Senator Garaway erklärte, Clemenceaus Anklage gegen Deutschland für unwar, während Senator France Clemenceau als einen bloßen Propagandisten bezeichnet. Senator Copper sagte, Clemenceau verlange weitere amerikanische Hilfe für französische Kriege, aber die Amerikaner seien der Meinung, daß die Franzosen erst einmal ihre Schulden bezahlen sollten. Senator Norris erklärte, alle amerikanischen Wahlen seien seit 1919 gegen die Annahme der Versailler Bestimmungen ausgefallen und das bedeute eine unbedingte Ablehnung Clemenceaus.

## Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 25. Nov. Die Militärrentner werden darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Auszahlung der Dezemberrente am 29. November die Quittungen auf den doppelten Betrag der Stammlisten auszustellen sind mit wenigen Ausnahmen, bei denen die Verdoppelung ausdrücklich ausgenommen ist.

Neuenbürg, 25. Nov. (Zum Totensonntag.) Wehmütige Gedanken bewegen heute das Herz. Viele „warum“ werden wieder wach an den Gräbern und im stillen Kämmerlein. Warum so früh? Vielleicht auch: Warum so spät, nach soviel Mühsal und Qual? Und doch mit dem „warum“ kommen wir nicht weiter. Es zermüht unsere Seele, bis sie schließlich müde dahinsinkt. Aber was dann? Wenn wir über unsere Toten nachdenken, mit Wein nachgrübeln, wollen wir das festhalten: Gott gewährt jedem Menschen soviel Lebenszeit, als er zu seiner inneren Ausreise braucht. Ob alle ihre Lebenszeit dazu nützen, ist eine andere Frage. Das Heranziehen geht beim einen schneller, beim anderen langsamer vor sich. Mancher junge Mensch ist in den Schrecken und Drangsalen des Krieges geriet in kurze, Andere müssen in langer Lebenszeit unter viel Selbstverleugnung ausharren. So wollen wir nicht haben über zu kurze oder zu lange Lebenszeit, sondern das erste Ziel verfolgen, in unserer Lebenszeit tüchtig zu werden für Gottes Reich. Das ist unsere große Lebensverantwortung. An sie mahne uns der Totensonntag.  
W. St.

Calmbach, 23. Nov. In der Heilmitte Charlottenhöhe wohnen fröhliche Männer, Frauen und Kinder, die Heilung suchen in der reinen, kühlen Luft, nachdem sie in Arbeit, Krieg und Nachkriegsorgen von der vorhererenden Luftentverfälschung erlöst worden sind. Meist sind es Leute aus dem jetzt so be-

## Kunzeigenverle:

Die einbändige Zeitung ist ab, deren Raum (Beitrag 18.-), auch noch derselben 20.-, einschließlich Postgebühren, Kolonialsteuer 100 Mark, Zahlung, Christ u. Auslieferung 10 Mt. Williams-Bett 10 Mt.

Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Monatsabnehmens bis 10% beträgt, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Bezahlbarer Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird telefonischer Beleg übernommen.

... als sich selbst zu ...  
... gehen; sie hätten andere ...  
... emenceau, daß sie in ...  
... früh verlassen. Ich ...  
... und sagen: Was ...  
... ein wenig helfen. — ...  
... ington gemeldet wird, ...  
... endtag in der ...  
... Seit der Debatte über ...  
... an Amerika, sich ...  
... beteiligen, eine ...  
... Vorab hat die Rede ...  
... itanoper als ...  
... den Note bar ...  
... falle ihm nicht. ...

... Finierer ...  
... macher, ...  
... macher ...  
... hohen Lohn ...  
... Scholl A.-G. ...  
... a. Enz. ...  
... 26. November 1922 ...  
... Hundebörse ...  
... zum „Hirsch“ ...  
... Georg Rapp. ...  
... den Sonntag ...  
... „Waldhorn“ ...  
... Hundebörse ...  
... Verkauf ...  
... haben ...  
... den 27. November ...  
... 8 Uhr ab, ...  
... in Höfen ...  
... Transport ...  
... wichtiger Milch ...  
... wichtiger Röhre, ...  
... binnen, sowie ...  
... Vieh und einen ...  
... Zuchtstarken ...  
... über freudl. ...  
... Berthold Löwengard ...  
... Regingen. ...  
... and Hanf ...  
... oder tauschen ...  
... äußerst günstigen ...  
... und Danf nimmt ...  
... ab Schaidle, ...  
... Hanf-Verwertungsstelle, ...  
... ab. Smünd.

drängten Mittelstand, die nur in dieser einzigen Volkseinheit...  
Württemberg eine Kur zu erlangen vermögen. Mit wie  
viel Schwierigkeiten die Versorgung der Kranken, bei denen ja  
früher eine so wichtige Rolle spielt, verbunden ist,  
können sich am besten die Hausfrauen vorstellen, die schon in  
ihrem kleinen Reich das Salzsaletz immer mehr empfinden.  
Um den Kranken eine kleine Weihnachtsgabe machen zu können,  
sind alle Spenden, Obst, Mehl, Kleidungsstücke und Geld  
herzlich willkommen.

### Baden.

**Karlsruhe, 23. Nov.** Die Erhöhung des Milchpreises von  
70 Mark auf 104 Mark für das Liter Vollmilch hat in der Büch-  
erschaft große Erregung hervorgerufen, zumal bekannt wurde,  
dass sich der Stallpreis in der letzten Zeit nicht geändert hat.  
Die starke Preissteigerung wird in Zusammenhang gebracht mit  
dem großen Aufwand für das hässliche Milchamt. Es werden  
Stimmen laut, die eine Aufhebung des Milchamts befürworten  
und die freie Wirtschaft wünschen in der Annahme, dass bei  
einem so hohen Milchpreis mehr Milch in die Stadt käme als  
bisher. Noch größer war das Erschauern der Bevölkerung  
aber, als gestern bekannt wurde, dass der Preis der Magermilch  
sogar auf 110 Mark für das Liter gestiegen ist. Bei einem der-  
art hohen Preis können viele Leute, die bisher für die Mager-  
milch brauchbare Abnehmer waren, sich auch dieses „Nahrungs-  
mittel“ nicht mehr leisten.

**Freiburg, 23. Nov.** So sonderbar es klingt, auf dem Hoch-  
schwarzwald kann erst jetzt, nachdem das trockene Regenwetter  
einige Tage nachgelassen hat, an die Vergangene der noch draußen  
auf den Feldern befindlichen Getreiderente gedacht werden. Der  
Dauer ist überhaupt noch nicht vollständig reif und der Gerste  
und dem Roggen hat die Kälte verheerend zugesetzt. Wie sich  
leicht denken lässt, werden auch noch viele Kartoffeln in dem von  
den Regengüssen völlig durchnässten Boden.

**Singen, 23. Nov.** Im Singener Landfriedensbruchprozess  
wurde der Hauptangeklagte Schmiech wegen Körperverletzung  
mit nachgefolgtem Tode unter mildernden Umständen  
vom Schwurgericht zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.  
Schmiech hat am 4. Juli bei der Katherinaunfugung nach Aus-  
scheidung in der Villa Paulsen den Major Scherer erschossen.  
Er gab zunächst aus der gestohlenen doppelhändigen Pistole  
Paulsens mehrere Schüsse gegen die Villa Scherer ab. Ein  
ihm Unbekannter hat ihm die Pistole immer wieder geladen (1),  
wer es war, wollte er in der Verhandlung nicht mehr wissen.  
Als er dann ins Haus kam, lag Scherer zu Boden; zwei Nach-  
barn waren anwesend. Schmiech äußerte, dass er ihm „eine  
Buge“ und auf einmal sei ein Schuss losgegangen, dem Do-  
liegenden gerade in den Kopf. Er wollte nichts dafür können (1).  
Dann ging er nach Hause. Unter den Zeugen wurde auch die  
Gattin des erschlagenen Majors Scherer vernommen, bei deren  
Verhör eine tiefe Bewegung durch den Saal ging. Aus ihren  
Aussagen ging hervor, mit welcher Brutalität und Grausam-  
keit der Major zu Tode gemartert wurde. Mehrere Zeugen be-  
stimmten, dass der Major erst geschossen hat, als der Steinbock  
auf seine Villa eingeschlagen hatte. Bekanntlich wurde behauptet,  
der Major habe durch seine Schüsse die Angriffe der Menge  
provokiert. Aus der Aussage eines Zeugen ergab sich auch,  
dass die Behauptung des Hauptangeklagten Schmiech, der Schuss  
sei von selber los gegangen, unrichtig ist. Die Bilder, aufge-  
nommen kurz nach dem Vorgang, zeigen ein schreckliches Bild  
der Verwüstung: alles in der Villa ist kurz und klein geschlagen,  
und in der Mitte der Verwüstung lag der Getötete, den Kopf  
(nach dem Schuss) zu einem Nichts zertrümmert. Der Gerichts-  
tisch zeigte ein Waffenlager: moderne und ältere Pistolen und  
Revolver, Gewehre, Pistolen, Gewehrschäfte, Stiletts, Schläg-  
ringe, Totschläger, Knüttel, Prügel usw. Zwei andere Ange-  
klagte, Straußler und Volger, erhielten wegen einfachen Land-  
friedensbruchs sechs Monate Gefängnis. Bei Volger wurde diese  
Strafe in eine wegen Stillschleppens verhängte ausgesprochenen  
Zuchthausstrafe von einem Jahr in eine Gesamtausweisungsstrafe  
von einem Jahr und drei Monaten eingewandelt. Der Ange-  
klagte Pfund erhielt wegen einfachen Landfriedensbruchs 10  
Monate Gefängnis. Die Angeklagten Feurer, Haug, Kander  
und Keller wurden freigesprochen. Bei allen Angeklagten wur-  
den vier Monate der erstinstanzlichen Untersuchungshaft in Anrech-

nung gebracht. Straußler ist bereits 21mal bestraft. Der An-  
geklagte Pfund rief bei dem Spruch der Geschworenen aus:  
„Justizverbrechen!“  
**Triberg, 23. Nov.** In den Tagen des Diebstahls und der  
Unterschlagung von Hundstücken ist folgender Fall ein Lichtblick.  
Ein Hund armer Leute lieferte dieser Tage auf der Polzeiwache  
einen gesunden Belp im Werte von über 100 000 Mark ab.

### Vermischtes.

**Eine Zeitung, die nichts kostet.** Alles jammert über die  
teuren Zeitungen. Ich verstehe das nicht, schreibt ein Schla-  
berger in der „Augsburger Postzeitung“. Ich finde, dass diese  
nicht nur nichts kosten, sondern sogar profitabel sind. Ich abon-  
nierte mir z. B. im Januar, Februar einige Zeitungen. Sie  
versorgen mich mit gutem Lesestoff, zeigen mir Geschäftsmög-  
lichkeiten usw. Nach dem Lesen lasse ich die Zeitungen liegen,  
liegen und nochmals liegen. Heute ist die Matulatur, das Alt-  
papier, mehr wert, als mich damals die Zeitungen gekostet  
haben. Außerdem dient noch ein Teil der Wätter für haus-  
wirtschaftliche Zwecke. Viele wissen nicht, dass das Papier ein  
vorzügliches Mittel zum Fensterputzen, zum Geschirreinspülen  
usw. ist. Wenn Schieber und Spekulanten allerlei Waren lie-  
gen lassen, bis sie steigen, warum soll ich nicht meine Zeitung  
liegen lassen, bis mir der Papierhändler so viel bezahlt, dass ich  
mindestens den Bezugspreis zurückhabe? Bis jetzt hat diese  
„Spekulation“ immer geklappt.

**Reichen der Vererbung.** Wie sehr die Vererbung des  
deutschen Volkes fortgeschritten ist, ergibt sich — wie aus Köln  
mitgeteilt wird — u. a. daraus, dass dort bei einer Unter-  
suchung der Schulkinder von 60 Schülern einer Klasse nur 7  
ein Dend anhielten. In München wurden 63 Prozent der  
Schulkinder als vererbt befunden. Sehr viele Kinder kommen  
nicht mehr zur Schule, weil sie keine Schuhe haben oder führen  
als Entschädigung an, dass das einzige Dend in der Wäsche sei.  
**Eine Strohfeuer.** Die Stadtgemeinde Stadtilm in  
Thüringen beschloß die Einführung einer Strohfeuer. Jede  
Familie muß jährlich 75 Mark bezahlen. Davon werden sämt-  
liche Sarg- und Begräbniskosten von der Gemeinde bestritten.  
**Der Sultan hat die Kronjuwelen mitgenommen.** In Lon-  
don verlautet, daß in muhammedanischen Kreisen große Auf-  
regung darüber herrsche, daß der nach Malak geflüchtete Sul-  
tan eine Reihe der heiligen Reliquien des Propheten und die  
Kronjuwelen mitgenommen hat.

**Trogl — Roter Ehrenpilot.** In der Moskauer Roten  
Fliegerschule fand die Reifeprüfung der Roten Piloten statt.  
Dem anwesenden Trogl wurde das Diplom eines Roten Eh-  
renpiloten überreicht. — Eine Arbeiterabordnung eines Mos-  
kauer Fabrikviertels hat dem Kontrahent der kommunistischen In-  
ternationale eine Statue Lenins zum Geschenk gemacht.

### Neuere Nachrichten.

**Stuttgart, 24. Nov.** Dem Landtag ist ein erster Nach-  
trag zum Haushaltsplan der Verwaltung des Innern betr.  
die Neuordnung des Polizeiwesens zugegangen. Bekanntlich  
geht die Sicherheits- und Kriminalpolizei in den großen und  
mittleren Städten, sowie in Friedrichshafen in die Staats-  
verwaltung über. Die staatliche Polizeiverwaltung erfordert  
an persönlichen Ausgaben 570 800 000 M., an sachlichen  
und vermischten Ausgaben 27 500 000 M. Nach Abzug der  
Einnahmen (Beiträge der Gemeinden, des Reichs usw.) ver-  
bleibt noch eine Gesamtausgabe von 132 665 000 M. Für  
die Zeit vom 1. Dezember 1922 bis 31. März 1923 werden  
44 221 000 M. angefordert, wozu an einmaligen Ausgaben  
noch 13 Millionen treten.

**Stuttgart, 24. Nov.** Der Abg. Rittwisch (Komm.)  
hat im Landtag eine kleine Anfrage an den Finanzminister  
gerichtet, ob er bereit ist, eine Anweisung herauszugeben,  
wonach bei Kurzarbeit der Steuerabzug unterbleibt. Der  
Abg. Kübler richtete an das Staatsministerium die Anfrage,  
ob es bei der Reichsregierung dahin wirken wolle, daß für  
den Bezug von Markbrot eine Abkufung nach dem Ein-  
kommen in der Richtung eingeführt wird, daß die Bezugs-  
menge in dem Grade sich vermindert, in dem das Einkommen  
die vorgeschriebene Höhe übersteigt.

**Stuttgart, 24. Nov.** Auf der Tagesordnung  
Sitzung des Landtags am 28. November stehen neben  
Beantwortung von drei Kleinen und zwei Großen Anfragen  
die 1. Beratung des Gesetzentwurfs über die vorläufige  
Regelung des Staatshaushaltsplans für 1922, des Gesetzes  
über das Schuppelbeamtengesetz und über die  
Änderung des Polizeiverwaltungsgesetzes und endlich  
Beratung des 1. Nachtrags zum Staatshaushaltsplan.  
Außerdem liegen einige Anträge auf strafrechtliche Verfolgung  
von Landtagsmitgliedern vor.

**Stuttgart, 24. Nov.** Die Abg. Dr. Scheermann (Zent.)  
und Gen. haben im Landtag folgenden Antrag eingebracht:  
Die Staatsregierung zu eruchen, das bisherige System der  
Milchbewirtschaftung auf neue Grundlagen zu stellen und  
hiedbei folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen: 1. Die  
fernere Bewirtschaftung der Versorgungsmilch durch die  
staatlichen Milchstellen den Gemeinden freizustellen. 2. Zu  
nun an wieder Milchhändler bezw. deren Genossenschaftsbünde  
zur Lieferung von Frischmilch zuzulassen, die Mitwirkende  
bei der Preisfestsetzung, sowie die Preiskontrolle durch  
gesetzlichen Organe auszuüben und sie durch Vertretung  
zu verpflichten, die bisherige vorzugsweise Belieferung der  
stimmten Teile der städtischen Bevölkerung (Kinder, Kranke,  
Krankenanstalten, ältere und gebrechliche Personen) nach  
dem bisherigen Verteilungsschlüssel auch fernherhin sicher-  
zustellen. — In einem weiteren Antrag derselben Abgeordneten-  
schaft wird erucht, zu beschließen, daß Staats- und  
Kommunalverbände stets in der Lage sind, die Beträge für  
das abgelieferte Brotgetreide sofort anzubekommen.

**Stuttgart, 24. Nov.** Der hier verammelte Gesand-  
tschaftsmitglied des Landesverbandes der Mietervereine in We-  
ttemberg und Hohenzollern nahm eine Entschließung an, wonach  
er mit Entrüstung von den unerhörten und absolut gram-  
losen Angriffen des Ministers Graf in den Sitzungen des  
Landtags vom 6. Oktober und des Finanzausschusses am  
25. Oktober auf den Landesverband der Mietervereine in  
Württemberg und Hohenzollern und seinen Vorsitzenden, Ober-  
regierungsrat Krauß, Kenntnis genommen habe. Er ver-  
wahrt sich ganz energisch gegen eine derartige Behandlung  
einer absolut nötigen und im Interesse des Gemeinwohls zu  
behandelnden, großen Wirtschaftsorganisation und ihres er-  
fahrenen Vorsitzenden und verlangt unbedingt Genugtuung dahin,  
daß gegen die Organisation als solche, wie gegen ihren Vor-  
sitzenden aufgestellten unrichtigen Behauptungen dort, wo  
gefallen sind, zurückgenommen und richtiggestellt werden. Ent-  
scheidend wird der schärfste Protest dagegen eingelegt, daß  
Eigenschaft als Vorsitzender einer Mieterorganisation Grund  
zur Maßregelung eines Beamten abgeben könne.

**Dortmund, 25. Nov.** Das preussische Oberbergamt  
Dortmund teilt mit: Am 23. November, nachmittags, hat  
auf Schachtanlage Schanzel I und II in Herne ein Gruben-  
brand aus, bei dem ein Steiger und neun Bergleute getötet  
wurden. Weitere Leute sind nicht in Gefahr. Das Feuer  
entstand in einer einziehenden, in Holzstimmung stehenden  
Gesteinsrichtstraße, in der die elektrische Lokomotivförderung  
mit der Oberleitung umgibt. Die Ursache ist auf einen  
Kurzschluss auf der Fahrstrecke oder in der elektrischen An-  
schaltung zurückzuführen. Infolge des Kurzschlusses geriet die  
Zimmerung in Brand. Dieser pflanzte sich wegen der lö-  
sthaften Wetterzüge schnell fort. Die Verunglückten sind in  
Brandgasen erstickt, bevor ihnen Rettung gebracht werden  
konnte. Das Feuer wurde sofort bekämpft und zum größten  
Teil bereits gelöscht. Die bergbehördliche Untersuchung ist  
im Gange.

**Rhein, 24. Nov.** Zu dem bereits gemeldeten Raubüber-  
fall auf den Güterzug zwischen den Stationen Rall und  
Gremberg wird noch gemeldet: Nach den bisherigen Fest-  
stellungen wurden Zigarren im Werte von etwa 700 000 M.  
und eine Kiste Fleischwaren im Werte von etwa 50 000 M.  
geraubt. Die Bande konnte nicht überwältigt werden, so  
daß durch ein auf

## Der Schloßgeist.

Erzählung von Erich Ebenstein.

(Nachdruck verboten.)  
„Herr Graf, ich muß zu meiner Schande gestehen,  
dass ich völlig ratlos bin. Ich suche wie ein Verzwei-  
elter und kann es nicht finden.“  
„Was suchen Sie?“  
„Das Unheil, welches über Ihrem Hause liegt.“  
„Mein Gott, Sie glauben...? Sie halten es für  
denkbar, daß tatsächlich...“ Der Graf war blaß  
geworden.  
„Ich glaube nur das, was ich sehe und fühle. Und  
ich beschwöre Sie, bringen Sie die Gräfin in ein an-  
dres Gemach! Mehr kann ich für den Augenblick nicht  
sagen.“  
Der Graf ging einige Male im Zimmer hin und her,  
dann blieb er vor dem Detektiv stehen.  
„Ich verlasse mich in dieser Sache völlig auf Sie,  
wenn irgend jemand, so kommen Sie diesem unheimlichen  
Mistral auf die Spur. Was aber die Gräfin anbelangt,  
so muß ich Sie bitten, selbst mit ihr zu sprechen — ich  
richte nichts aus. Eigenhändig wie ein Kind beharrt  
sie darauf, ihr Zimmer nicht zu verlassen.“  
„Gut, ich werde mich in einer Stunde bei der Frau  
Gräfin melden lassen.“  
Als Hempel aber sein Zimmer betreten wollte, stand  
dort schon die Kammerfrau Gräfin Vas wartend und  
teifte ihm mit, daß ihre Herrin ihn sofort zu sprechen  
wünsche.  
Sie wollte also selbst mit ihm sprechen.  
Hempel eilte sofort in das Freskenzimmer. Dabei  
begegnete er wieder Lenoir, der ihm mit höhnischem  
Grinsen nachblickte.  
Gräfin Vas, die auf der Chaiselongue am Fenster lag  
und unglaublich krank ausah, empfing ihn mit den Wor-

ten: „Es ist umsonst, lieber Freund, ... alles um-  
sonst. Ich habe es versucht, dagegen anzukämpfen, aber  
es ist stärker als ich. Ich ergebe mich in mein  
Schicksal.“  
Er zog sich einen Stuhl neben sie und blickte ihr  
besorgt in das Gesicht. Ihr Blick war voll starker  
Anreue, die Wangen zum Erbarmen blaß und einge-  
sunken.  
„Was ist geschehen? fragte Hempel. „Obt es etwas  
Neues?“  
Sie ergriff, wie nach einer Stütze suchend seine Hand  
und flüsterte: „Ja, heute Nacht. Sehen Sie das linke  
Bild dort neben dem Wappenstein?“  
„Den schwarzen Ritter zu Pferd, der seinen Turnier-  
gegner hoch aus dem Sattel gehoben hat und nun  
triumphierend auf ihn niedersieht?“  
„Ja — seine Augen leuchteten heute Nacht in fahlem  
Glanz und über seinem Helm flammte ein lichter Voll-  
mond. Überzeugen Sie sich selbst, daß auf dem Bild gar  
kein Mond gemalt ist...“  
Hempel blickte die Gräfin betroffen an. Dann stand  
er, ohne ein Wort zu sprechen auf, trat vor das Bild  
und begann die Augen des Ritters, sowie den Raum  
über dessen Helm zu betasten. Beides war fest und  
gab so wenig nach, wie die übrige Fläche.  
„Was befindet sich hinter dieser Wand?“  
„Das Zimmer meiner Kammerfrau.“  
Hempel ging hinüber und betastete auch hier die Wand,  
welche frei lag. „Wäre es nicht denkbar, daß Sie ge-  
räumt hätten?“  
„Nein. Ich war so wach wie jetzt. Ich habe über-  
haupt nicht geschlafen. Und da all diese Dinge eben  
nicht Wirklichkeit sein können, so...“  
„Frau Gräfin, wollen Sie mir eine Bitte g. wahren?“  
„Welche?“  
„Überlassen Sie mir für heute Nacht dieses Zimmer.“

„Wozu denn? lächelte sie matt. „Da es sich  
nur um Einbildung meines kranken Gehirns handelt,  
werden Sie natürlich nichts sehen.“  
„Wer weiß? In einem hatten Sie doch recht —  
nen geheimnisvollen Hauch wie von Geistermühen hat  
auch ich wiederholt in diesem Zimmer gefühlt. Er er-  
stiert tatsächlich.“  
„Sie? Waren Sie denn schon einmal hier?“  
„Ja. Verzeihen Sie dieses Eindringen, aber ich muß  
der Sache auf den Grund kommen!“  
„Und... und Sie haben es wirklich gefühlt?“ Die  
Gräfin war ganz aufgeregt.  
„Ja.“  
„Und was denken Sie sich darüber?“  
„Dass es eine natürliche Erklärung geben muß und  
dass ich sie finden werde. Wollen Sie mir also heute  
nacht dieses Zimmer abtreten?“  
Die Gräfin erhob sich wie neu belebt. „Ja —  
gerne. Ich bin also nicht wahnsinnig? O Gott...“  
„Bestimmt nicht.“  
„Ich bin mit allem einverstanden, mit allem —  
kein Aufsehen, bitte, wegen der Gäste und um Ärger  
zu vermeiden. Ich werde in Ihrem Zimmer schlafen, was  
gareit soll gleich meine Sachen hinübergeschaffen.“  
„Vorläufig braucht niemand darum zu wissen außer  
dem Herrn Grafen. Run noch eine Frage: Haben Sie  
den alten Lenoir nie in Ihrem Zimmer über-  
rascht?“  
„Nein, niemals.“  
Es geschah alles wie Hempel es anordnete und vor  
den Gästen ahnte niemand die Veränderung. Hempel  
zog sich früher zurück, die Gräfin ging als letzte zur  
Ruhe.  
Am andern Morgen, als Hempel schon zu früher Stunde  
de nachdenklich in den Park hinuntergehen wollte, sah  
ihm die Gräfin nachgelaufen.  
(Fortsetzung folgt.)

... sieben Schutzwaffen  
... den Banditen,  
... ehemalige Juchhän-  
... nicht mehr, wurden  
... fast jede Nacht  
... den Räubern die  
... in die Hände ge-  
... nicht gefast wech-  
... Leipzig, 24. Nov.  
... Hauptverhandlung  
... Oberbürgermeister Sche-  
... auf den 4. De-  
... 14 Zeugen und 2  
... drei Tage in Auf-  
... die Beschwerde  
... über vom Stein  
... Straußhweig,  
... einer Kommune  
... Teilnehmer du-  
... steht sich ihnen  
... sie mehrfach mit  
... Anzahl Personen  
... Wahl für Volksäu-  
... der sämtlichen voll-  
... die Teilnahme an St-  
... der Eltern der Ki-  
... verantwortlich gemacht  
... Berlin, 24. Nov.  
... der Vereini-  
... Reichsta-  
... Berlin, 24. Nov.  
... Kaufprache die A-  
... (Dtl.), Schiffe  
... Standpunkt ihrer  
... eine Zustimmung  
... „Der Reichs-  
... Regierung zur Kenntnis  
... vom 13. Novem-  
... ihre Politik machen u-  
... mit Ausnahme  
... zammernklärung für d-  
... Berlin, 25. Nov.  
... Präsidenten des Ober-  
... Richter zu ernennen.  
... den Gelehenwurf ab-  
... Bergwerksabkommen in  
... zehnter Unruhe si-  
... werden. — Bei den  
... in der letzten Rät-  
... wurde, für 100  
... Der Dollar war  
... Frankfurt 7067,25 G.,  
... 18816 Br. notiert.  
... Rom, 24. Nov.  
... Präsident Sonnino ist  
... der Kriegserklärung  
... Regierung und mo-  
... Anbruch Italiens.  
... London, 24. No-  
... Lord Grey, es fehle  
... Lage in den ausw-  
... Man befindet sich  
... wenn man ihn  
... Karland und Deutsch-  
... Wden. Vor 4 Jahren  
... würde eine solche Lage  
... einzige Aussicht auf  
... Lage in der Aufrechter-  
... Werten.  
... London, 24. Nov.  
... wends durch ein auf  
... und Gewehrfeuer auf  
... schändlichen in meh-  
... wirtschlicher Posten ab-  
... Wälders, einer der F-  
... gestern vormittag hing  
... London, 24. No-  
... bei Unterhaus wählte  
... George zu ihrem Führ-  
... London, 24. No-  
... Fränge, wenn der B-  
... gendert werde, so  
... wirtschaftliche Wieder-  
... leben im Handel und  
... bei geben. Die Politi-  
... die wirtschaftliche  
... Washington, 24.  
... Frankreich eindeutig  
... Wlaumen fordern.  
... Die Regier-  
... Berlin, 24. Nov.  
... Reichsminister Can-  
... dass er, wie er  
... allen übernommen hat  
... Wirtschaftsminister  
... nicht ernannt  
... dass gearbeitet ur-  
... Reichsminister sein-  
... den herrlichen Dank  
... Reichsregierung  
... dass er auf  
... keine erwarten dürfen.  
... eine Zusammenfah-  
... wirtschlichen Staats-  
... es begründet, wenn die  
... schen Mitarbeit im R-  
... dass es zu einer verständ-  
... die parlamentarisch-techn-



Auf der Tagesordnung  
28. November stehen neben  
den und zwei Großen  
zentwurf über die vorläufigen  
plans für 1922, des Gesetz  
beamtengesetz und über  
altungs-gesetz und endlich  
zum Staatshaushalt  
auf strafrechtliche Verfolgung  
die Abg. Dr. Scheermann (D  
folgenden Antrag eingebracht  
den, das bisherige System  
ne Grundlagen zu stellen  
zu berücksichtigen: 1. W  
die Beschwerde gegen das Verbot der  
Versorgungsmilch durch die  
gemeinden freizustellen. 2. B  
bez. deren Genossenschaft  
Abendstunden zu neuerlichen  
Nachzulassen, die Mitwirk  
die die Preiskontrolle durch  
erhalten und sie durch Ver  
vorzugsweise Belieferung  
Bevölkerung (Kinder, Kran  
bedürftliche Personen)  
schlüssel auch fernherin sich  
Antrag derselben Abgeordn  
zu beschließen, das Staats  
nachdruck dafür sorgen, daß  
der Lage sind, die Beträge  
sich sofort auszubehalten.  
Der hier versammelte Ges  
s der Mietervereine in  
in eine Entschliessung an, w  
unerhörten und absolut gro  
beaf in den Sitzungen  
id des Finanzausschusses  
verband der Mietervereine  
n und seinen Vorsitzenden, Ob  
is genommen habe. Er w  
gen eine derartige Behand  
Interesse des Gemeinwohls  
organisation und ihres er  
bedingt Genugtuung dahin,  
ls solche, wie gegen ihren  
Behauptungen dort, wo  
und richtiggestellt werden.  
sich dagegen eingelegt, daß  
einer Mieterorganisation Gr  
aten abgeben könne.  
Das preussische Oberbergam  
1. November, nachmittags, im  
1 und 11 in Ferne ein Ge  
ger und neun Bergleute gel  
nicht in Gefahr. Das  
in Holzhammerung steh  
elektrische Lokomotivförder  
Die Ursache ist auf ein  
oder in der elektrischen An  
kurzschlusses geriet die  
pflanzte sich wegen der  
Die Verunglückten sind  
ihnen Rettung gebracht we  
sich sofort bekämpft und zum  
bergbehördliche Untersuchung  
m bereits gemeldeten Raub  
schen den Stationen Raff  
4: Nach den bisherigen  
im Werte von etwa 700000  
im Werte von etwa 50000  
nicht überwältigt werden,  
sie matt. „Da es sich  
es krankes Gehirn hand  
dies leben.“  
hatten Sie doch recht  
wie von Geisterhand  
dem Zimmer gefällt. Er  
schon einmal hier?“  
ses Eindringen, aber ich  
kommen!“  
den es wirklich gefühlt?“  
t.  
sich darüber?“  
Erklärung geben muß  
Wollen Sie mir also  
?“  
wie neu belebt. „Ja —  
sich wahrhaftig? O Gott...“  
verstanden, mit allem —  
der Gäste und um Art  
dem Zimmer schlafen, W  
en hinüberschaffen.“  
hand darum zu wissen  
noch eine Frage: Haben  
in Ihrem Zimmer über  
empel es anordnete und  
d die Veränderung. Gem  
Gräfin ging als letzte  
Hempel schon zu früher  
hinuntergehen wollte, k  
n.  
ung folgt.)

sieben Schutzwaffen der Polizeibeamten fünf verpagten.  
den Banditen, die größtenteils bekannt sind, befinden  
ehemalige Zuchthäuser und Sträflinge. — Wie weiter  
schickte wird, wurden in den letzten 14 Tagen im hiesigen  
sicht fast jede Nacht Ueberfälle auf Güterzüge ausgeführt,  
den Räubern Güter im Gesamtwerte von 10 Millionen  
in die Hände fielen. Die Bande selbst konnte aller  
nicht gefaßt werden.  
**Leipzig, 24. Nov.** Der Staatsgerichtshof hat den Termin  
Hauptverhandlung gegen die wegen Nordoberfuchs an dem  
Vorhängermeister Scheidemann angeklagten Huyter und Del  
Köcker auf den 4. Dezember festgesetzt. Der Prozeß, zu  
14 Zeugen und 2 Sachverständige geladen sind, wird  
am drei Tage in Anspruch nehmen. Der Staatsgerichtshof  
die Beschwerde gegen das Verbot der Vereinigung  
Häber vom Stein" als unzulässig verworfen.  
**Braunschweig, 24. Nov.** Gestern kam es in vorge  
Abendstunden zu neuerlichen Zusammenstößen. Nach  
einer kommunistischen Versammlung zogen einige  
Teilnehmer durch die Straßen. Die Schuhmann  
setzte sich ihnen entgegen und zerstreute die Menge.  
sie mehrfach mit der blanken Waffe vorgehen mußte.  
Anzahl Personen wurde festgenommen. Das Landes  
samt für Volksschulwesen hat eine Verfügung erlassen,  
der sämtlichen Volksschulpflichtigen Kindern des Landes  
Teilnahme an Straßendemonstrationen verboten wird  
und die Eltern der Kinder für die Befolgung des Verbots  
verantwortlich gemacht werden.  
**Berlin, 24. Nov.** Parteiausschuß, Parteivorstand und  
Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratie billigten das  
Behalten der Reichstagsfraktion während der letzten Krise.  
**Berlin, 24. Nov.** Im Reichstag wurde, nachdem in  
der Aussprache die Abg. Breitfeld (Soz.), Marx (Jtr.),  
Dost (Dnl.), Schiffer (Dem.), Bary und Könen (Komm.)  
Standpunkt ihrer Parteien darlegten, von Dr. Petersens  
(Soz.) eine Zustimmungserklärung folgenden Inhalts ein  
gebracht: „Der Reichstag hat die Erklärung der Reichs  
regierung zur Kenntnis genommen und billigt, daß sie die  
Karte vom 13. November dieses Jahres zur Grundlage  
ihrer Politik machen will.“ Sämtliche Parteien des Reichs  
tag, mit Ausnahme der Kommunisten, werden der Ver  
zammererklärung für das neue Kabinett zustimmen.  
**Berlin, 25. Nov.** Die Reichsregierung beabsichtigt, den  
Präsidenten des Oberrechnungshofes, Sämisch, zum Spar  
schatz zu ernennen. — Der Reichstagsausschuß stimmte  
dem Gesetzentwurf über das deutsch-polnische oberfähleische  
Güterabkommen in allen Teilen zu. — Während der  
Reizender Unruhen sind im ganzen 87 Personen verhaftet  
worden. — Bei den Feuerstürmen in Köln wurde,  
wie in der letzten Kölner Stadtverordnetenversammlung mit  
geteilt wurde, für 100 Millionen Mark Schäden angedacht.  
— Der Dollar wurde am Freitag an der Börse in  
Frankfurt 7067.25 G., 7102.75 Br., in Berlin 7044.84 G.,  
7081.16 Br. notiert.  
**Rom, 24. Nov.** Der ehemalige italienische Minister  
präsident Sonnino ist gestorben. Sonnino stand zur Zeit  
der Kriegserklärung Italiens an Deutschland an der Spitze  
der Regierung und war einer der Hauptschuldigen an dem  
Einzug Italiens.  
**London, 24. Nov.** Im Oberhaus erklärte gestern  
Lord Grey, es fehle die Einsicht dafür, wie verhängnisvoll  
die Lage in den auswärtigen Angelegenheiten im allgemeinen  
ist. Man befände sich nicht weit von dem Standpunkt ent  
fernt, wenn man ihn nicht bereits erreicht, daß die Türkei,  
Kajland und Deutschland eine gemeinsame Kombination  
bilden. Vor 4 Jahren beim Abschluß des Waffenstillstandes  
würde eine solche Lage als unglaublich erschienen sein. Die  
enge Aussicht auf Lösung der Frage des nahen Ostens  
lage in der Aufrechterhaltung der gemeinsamen Front der  
Alliierten.  
**London, 24. Nov.** Die Bewohner von Dublin wurden  
schon durch ein außerordentlich heftiges Maschinengewehr  
und Gewehrfeuer aufgeschreckt. Man nimmt an, daß die  
katholischen in mehreren Vierteln der Stadt eine Anzahl  
militärischer Posten überfielen. — Reuter meldet: Erstine  
Gelders, einer der Führer der irischen Aufständischen, ist  
gestern vormittag hingerichtet worden.  
**London, 24. Nov.** Die national-liberalen Mitglieder  
des Unterhauses wählten gestern in einer Versammlung Lloyd  
George zu ihrem Führer.  
**London, 24. Nov.** Im Unterhaus erklärte der Liberale  
König, wenn der Versailler Vertrag nicht grundlegend ab  
geändert werde, so werde es keine Reparationen, keine  
wirtschaftliche Wiederherstellung Europas, kein Wiederauf  
leben im Handel und keine Verminderung der Arbeitslosig  
keit geben. Die Politik der Balkan-Rote sei ein Hindernis  
für die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas.  
**Washington, 24. Nov.** Amerika wird in einer Note  
an Frankreich eindeutige Stellungnahme zum Washingtoner  
Abkommen fordern.  
**Die Regierungserklärung Dr. Cuno.**  
**Berlin, 24. Nov.** In der heutigen Sitzung des Reichstags  
gab Reichskanzler Cuno die Zusammensetzung des Kabinetts  
bekannt, das er, wie er sagte, in schwerer Schicksalsstunde zu  
übernehmen habe. Er bemerkte, daß der Posten des  
Wiederaufbauministers offen geblieben sei, ebenso sei ein Sprech  
minister nicht ernannt worden. Damit solle zum Ausdruck kom  
men, daß gearbeitet und nicht geredet werden sollte. Nachdem  
der Reichskanzler seinem Vorgänger und dessen Mitarbeitern  
keinen bescheidenen Dank ausgesprochen hatte, bemerkte er, daß die  
neue Reichsregierung nicht auf der breiten parlamentarischen  
Basis stehe, die er auf Grund des zu erörternden Programms  
hätte erwarten dürfen. In den und bevorstehenden Zeiten sei  
nur eine Zusammenfassung aller Kräfte auf dem Boden der  
republikanischen Staatsform möglich. Der Reichskanzler hätte  
es begrüßt, wenn die Mitglieder der Sozialdemokratie sich zur  
ehernen Mitarbeit im Kabinett bereit gefunden hätten. Er hoffe,  
daß es zu einer verständnisvollen Mitarbeit kommen möge. Auf  
die parlamentarisch-technische Bezeichnung des Kabinetts kommt

es nicht an, sondern darauf, ob die Arbeit des Kabinetts die Zu  
stimmung des Reichstags finde.  
Der Reichskanzler gab dann ein Bild des heutigen Deutsch  
land und betonte, daß nach außen Deutschland im Kreise gleich  
berechtigter Völker ein sich selbst bestimmender aus eigener  
Kraft und eigenem Recht gewählter Staat werden müsse. Der  
Versailler Vertrag habe, so erklärte der Reichskanzler weiter,  
mit dem rechtsgültig abgeschlossenen Vorvertrag nicht im Ein  
klang. Die uns ins London auferlegte Leistungspflicht sei fest  
gelegt worden, ohne daß Deutschland ein Einbild in die Berech  
nung gewährt worden sei. Der Streit um die Erfüllungspoli  
tik habe seither die öffentliche Meinungsäußerung beherrscht.  
Es sei vielfach zum Schaden für unseren innerpolitischen Frie  
den, aus einer Frage nächster wirtschaftlicher Abwägung eine  
Frage der Befähigung gemacht worden. Heute sei die Frage der  
Erfüllungspolitik und ihrer Grenzen geklärt. In Cannes, Ge  
nua und später hätten sich die in der Reparationskommission  
vertretenen Mächte überzeugt, daß die Deutschland auferlegte  
Last unerschwinglich sei. Aber obwohl Gläubiger und Sachver  
ständige erklärt hätten, daß Deutschland nicht zahlen könne, seien  
uns die Goldzahlungen für Reparationen und Befragungen nur  
bis Ende dieses Jahres gestanden worden. Das Schwere der  
Ungeheuerlichkeit hängt drohend über Deutschland und in den be  
setzten Gebieten sowie in den rechtsrheinischen Städten, die ohne  
einen im Friedensvertrag gegebenen Titel besetzt worden seien,  
stehe immer noch eine Armee, die wesentlich größer sei, als das  
deutsche Heer. Die Abtrennung wichtiger landwirtschaftlicher  
und industrieller Gebiete im Osten, Westen und Norden habe  
Deutschlands Produktionskraft auf tiefste gedrückelt. Die Weg  
nahme unserer Auslandsbörsen, der Kolonien und unserer  
Flotte habe unsere Zahlungsbilanz passiv gestaltet. In enger  
Verbindung von Wirkung und Ursache sei im Innern die deut  
sche Leistung und der Wirkungsgrad der deutschen Arbeit er  
heblich gesunken. Dadurch werde die Einfuhr von Rohstoffen  
und Lebensmitteln geschränkt und die Preise schnellsten Preisung  
haft in die Höhe. Die Folge sei trotz des auf die Papiermark  
gegründeten irdischen Scheins der Prosperität mancher Un  
ternehmungen fortschreitende Minderung der Substanz, fliehe  
nde Kreditnot und Lähmung des alten Sparplans. Es liegt im  
Wesen der Wirtschaftsgesetze, daß der wirtschaftliche Zustand  
Deutschlands bei fortwährenden Ursachen weiter sinken muß.  
So führen Preissteigerungen zu Lohnsteigerungen, Lohnstei  
gerungen zu Preissteigerungen. Die Verdrängung des Brot  
preises, das Anschwellen aller Preise, die Tarifsteigerungen der  
Eisenbahn usw. sind die besten Beweise für die Zwangsläufig  
keit dieser Entwicklung. Das ist das Deutschland, für dessen  
Regierung das neue Kabinett nun die Verantwortung über  
nimmt.  
Im Vordergrund unserer Verantwortung steht die Repara  
tionsfrage. So sehr die Regierung es als ihre Pflicht be  
trachtet, alles dazu beizutragen, um ein gerechtes Urteil über  
die Schuldfrage herbeizuführen, so sehr betrachtet sie es als  
notwendig, die nach diesem verlorenen Kriege Deutschland auf  
erlegten Verpflichtungen, insbesondere den Wiederaufbau der  
zerstörten Gebiete Frankreichs zu leisten, soweit es nach Dedung  
der deutschen Lebensbedürfnisse möglich ist. Diese Begrenzung  
entspricht auch dem Vertrag von Versailles, ebenso wie dem durch  
die Wirtschaftsgesetze begründeten Notwendigkeiten. Kein Gläu  
biger, dem die Reparationsfrage eine wirtschaftliche Frage ist  
und nicht etwa eine Machtprobe, wird dieser Politik entgegen  
treten können. Redner hofft, daß die Einsicht von der Notwen  
digkeit einer solchen nüchternen Handlungsweise sich auch in den  
anderen Ländern immer mehr Bahn brechen wird und reschert  
hier besonders mit den Ver. Staaten von Amerika. Hinsichtlich  
des bedeutsamen Schrittes, den die vorige Regierung durch ihre  
Note vom 13. November an die Reparationskommission getan  
hat, erklärt der Redner, daß die neue Regierung ohne Ein  
schränkung auf den Boden dieser Note trete und fest entschlossen  
sei, das bisherige Reparationsprogramm zur Durchführung zu  
bringen. Um aber einen Zusammenbruch zu vermeiden, müssen  
wir alle Voraussetzungen der Note aufnehmen. Deutschland  
muss auf 3 bis 4 Jahre von allen Verz. und Sachleistungen aus  
dem Vertrage von Versailles befreit werden, soweit die Sach  
leistungen für den Wiederaufbau insoweit ausgenommen sein  
sollen, als sie ohne Vermehrung der schon bestehenden Schuld betrie  
ben werden können. Insbesondere muß Deutschland weiter für  
die Stützungsfaktoren einen ausländischen Vorkredit von 500  
Millionen Goldmark erhalten. Die Annahme dieser Vorschläge  
würde nur die logische Folge der Erkenntnis, die Herr Politare  
in seiner letzten Kammerrede selbst zum Ausdruck gebracht hat.  
Vorher aber müsse die Mark stabilisiert werden. Die Regie  
rung stimme dem Gedanken einer Auslandsanleihe durchaus zu,  
stimme mit den Sachverständigen aber darin überein, daß die  
Mark nicht stabilisiert werden kann, solange die Politik der Ul  
timaten Deutschland keine Wirtschaft der langen Sicht und der  
Welt kein Vertrauen in die deutsche Wirtschaft erlaubt. Das  
muß das Ausland einsehen.  
Für uns aber gilt es, jeden Augenblick zu nutzen, um die  
Wirtschaft zu höheren Leistungen zu führen. Wir erwarten  
die Steigerungen der Leistungen von allen Beteiligten, von  
Arbeitnehmern und Arbeitgebern aller Gruppen. Wir haben  
unproduktive Arbeit im Staat, Volk und Privatwirtschaft.  
Stiel um Stiel wird hier ein Abbau angestrebt sein. Das  
liegt auch im Interesse der Konsumenten, zumal die Möglich  
keit staatlicher Zwangsmassnahmen zum Zwecke der Preisrege  
lung unbegrenzt ist. Die Bekämpfung des Wuchers bedeutet  
eine dringende Aufgabe. Wo durch übermäßige Vereinigun  
gen von Industrie und Handel, durch unbillige Preis- und Ab  
baubedingungen die Freiheit des Wettbewerbs unterdrückt wird,  
soll der Gegendruck der Verbraucher und Verbraucher nötigen  
falls unterstützt werden. Dabei muß aber die Erhaltung der  
Betriebe in ihrem volkswirtschaftlich gebotenen Stand gesichert  
werden. Dann will die Regierung besonders auch den Wün  
schen der Handwerker entgegenkommen.  
Als wirtschaftliche Notwendigkeit ist bereits erkannt, daß  
das Arbeitszeitrecht alsbald gesetzlich und zwar unter Festhal  
tung des Achtstundentags und Zulassung gesetzlich begründeter  
Massnahmen geregelt werden muß.  
Geregelt werden muß die schwierige Ernährungsfrage, die  
für unsere Wirtschaft besonders dringlich ist. Redner appell  
iert an die Landwirtschaft, der Volksgemeinschaft weiter ihre  
Opfer zu bringen und die Ablieferung der fälligen Getreidem  
menge möglichst zu beschleunigen. Bei der Preisfestsetzung für  
die weiter zu liefernden Getreidemengen sei die Regierung bere  
it, den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung  
zu tragen.  
Aber trotz aller Bemühungen um die Befundung unserer  
Wirtschaft werde von weiten Kreisen unseres Volkes die Ent  
behrung nicht ferngehalten sein. Auch das verarmte deutsche  
Volk werde die Pflicht bestmöglicher Hilfe denen gegenüber er  
füllen, die, wie die Kriegsschädigten, selbst ihr Bestes für  
Deutschland gegeben haben, wie die Sozialrentner und endlich  
weite Kreise des in Armut und Sorge befindlichen Mittel  
standes. Aber die Mittel sind begrenzt. Redner ruft alle auf,  
nach besten Kräften den leidenden Volksgenossen zu helfen,  
vor allem den deutschen Kindern und spricht gleichzeitig den  
menschenfreundlichen Spendern aus allen Ländern seinen Dank  
aus.  
Redner kündigt Massnahmen zur Durchführung eines be  
schränkten Bauprogramms zur Abhilfe der Wohnungsnot an,  
solche zum Schutze deutscher Geistesarbeit, sowie zum Abbau der  
nicht unbedingt notwendigen Behörden, Oekonomisierung der  
Staatsbetriebe, Festigung des alten Bauteigentums, Verein  
sachung der Steuergesetzgebung und Erhebung und kommt  
dann auf die Beziehungen zum Ausland zu sprechen.  
Die Regierung werde ihre Kraft dem freibleibenden Zusam  
menleben mit den Völkern widmen, aus deren Wirtschaftsbe  
ziehungen Deutschland nicht ohne schwerste Schädigungen der  
anderen Völker getrennt werden könne. Ebenso werde die Regie  
rung alle überseeischen Beziehungen pflegen, insbesondere mit  
den großen Nationen, mit denen entwweit zu werden das An  
glick Deutschlands und Europas war. Wir wollen eine christliche,  
sichliche deutsche Politik treiben, die nichts mit den Schlagwor  
ten einer Ost- oder Westpolitik zu tun hat. Aus dem Unfrieden  
anderer Mächte wird Deutschland keinen Vorteil ziehen, son  
dern lediglich verhängnisvolle Nachteile erfahren. Die Welt  
und die Weltwirtschaft brauchen nicht Uneinigkeit, sondern Ein  
igkeit.  
Beweis kann keines der deutschen Länder im Dergang von  
Deutschland weggedrängt werden, aber es gibt Bestrebungen  
jenseits der Grenzen, die auf neue Bedrückungen und Eingriffe  
abzielen. Mit Sorge blicken wir auf die schwergeprüfte Bevöl  
kerung der besetzten rheinischen Gebiete. Wir danken für  
ihre Treue und wollen ihr Lob nach Kräften erleichtern. Red  
ner wiederholt das Bekenntnis Rathenows, daß die Regierung  
niemals bereit sein werde, besetzte deutsche Gebiete preiszugeben.  
In Verfassungstreue sei jetzt keine Zeit. Wenn Deutsch  
land Dergangsfrage ist, der dient mit der Regierung auf dem  
Boden der Reichsverfassung dem deutschen Staat. Aufrühr  
und Gewalt können nichts bessern, sondern die Not nur stei  
gern. Er appelliere an alle, die Einsicht haben, sich für Ord  
nung und ruhige Einsicht einzusetzen. Die Rechte der Länder  
werde die Reichsregierung aus Überzeugung wahren, ihre  
verfassungsmäßige Mitarbeit pflegen und Wünsche nach freier  
Entfaltung möglichst erfüllen. Lassen Sie uns unsere innere  
Einheit über manche Verbeugung hinweg aufrechten und durch  
die Tat begründen. Deutschland kann bedrückt und bedrängt  
werden, aber es kann nicht untergehen, wenn es sich nicht selbst  
aufgibt.  
**Preßstimmen zur Erklärung des Reichskanzlers.**  
**Berlin, 25. Nov.** In der deutsch-nationalen Presse fehlt  
bisher die Einheitlichkeit in der Stellungnahme zu der gestri  
gen Programmklärung des neuen Reichskanzlers. Die „Deut  
sche Zeitung“ als Sprecherin für den äußersten rechten Flügel  
der Deutsch-Nationalen findet zwar in der Programmrede viel  
Anerkennungswertes, nimmt aber Anstoß daran, daß Cuno die  
Erfüllungspolitik, allerdings mit der Einschränkung, soweit es  
unser Kräfte erlauben, fortsetzen wolle. — Anders die „Deut  
sche Tageszeitung“, die erklärt: Wir können uns in der jetzigen  
Situation es nicht leisten, über jeden Satz einer programm  
atischen Erklärung die Möglichkeit irgendwelcher Kritik zu erpro  
ben. Soweit das Programm der neuen Regierung auf der Note  
an die Reparationskommission basiert, wird man ihm zustim  
men, vorbehaltlich der Art der praktischen Durchführung. Daß  
für diese selbst neue und bessere Voraussetzungen geschaffen sind,  
daß ist aus dem Programm Cunos, wenigstens soweit der erste  
Wille in Frage kommt, zu entnehmen. — Die „Deutsche Allge  
meine Zeitung“ urteilt folgendermaßen: Der warme nationale  
Hinterton der Rede wird Verständnis und Zustimmung bei  
allen Gutgefährten im Lande finden. Die neue Reichsregierung  
darf das Vertrauen des In- und Auslandes beanspruchen, daß  
sie den festen Willen hat, die ungeheuren Schwierigkeiten der  
Lage zu überwinden. — Das „Berliner Tageblatt“ begrüßt es,  
daß die Grundlage der Politik der neuen Regierung die repu  
blikanische Staatsform sein wird. Weiter findet das Bemühen  
Cunos Anerkennung, die Tür des Kabinetts möglichst nach  
links offen zu halten. — Die „Vossische Zeitung“ sagt: Eine  
Mehrheit von Dergt bis Crispian ist zu viel des Segens. We  
niger wäre mehr. So kann man der Vorstellung des Kabinetts  
Cuno kaum den Charakter einer entscheidenden Premiere zu  
billigen; sie trug vielmehr das Gepräge einer Generalprobe. —  
Der „Vorwärts“ enthält sich einer schlichten Beurteilung der  
Regierungserklärung und nennt sie eine gute Geheimratsarbeit,  
bei der alles auf Kugellagern laufe und wo es daher keine  
Reibung und Stöße gebe. Infolgedessen entscheide aber auch  
Jeder alte Stroh- und Halm wird wie neu umgearbeitet.  
Hulfabrik Sattler & Czarnowicz,  
Hofheim, Brühl 258.  
Kunstmehle: Hofheim, Gannet, Schloßberg 4.  
Höfen, Weiling.  
Wittbad, Walter Fischer, König-Rathgeber.

### An jene Postbezieher,

welche mit der Nachzahlung für den „Enztaler“ noch im Rückstand sind **höri die Lieferung mit dem 25. Novbr.** auf. Bei verspäteter Nachzahlung kann eine Weiterlieferung aus postwirtschaftlichen Gründen nicht mehr erfolgen. Wir bitten daher dringend, wo die Nachzahlung noch nicht stattgefunden, solche unverzüglich zu bewerkstelligen. Von einer Nachnahme des Betrages leben wir der hohen Kosten wegen ab.



